

Referat: OBM
Amt: 13-3

Niederschrift

Besprechung am: **1. Februar 2022** Beginn: 17:30 Uhr
Ort: Ende: 20:50 Uhr

Thema: 9. Vollversammlung des Ausländer- und Integrationsbeirats der Stadt Erlangen

Anwesende	Entschuldigt	Verteiler
Siehe Anwesenheitsliste	Siehe Anwesenheitsliste	Siehe Anwesenheitsliste

Die Niederschrift beschränkt sich auf die Wiedergabe der wesentlichen Ergebnisse. Wenn innerhalb von acht Tagen nach Zusendung der Niederschrift keine Einwände erhoben werden, wird Einverständnis unterstellt.

Ergebnis:

Der Vorsitzende des Beirats, Herr Boukhachem, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass die Mitglieder des Beirats unter Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß geladen wurden und der Beirat beschlussfähig ist.

TOP 1 Aktuelles

Die Geschäftsführerin Carolin Braun weist auf aktuelle Informationen hin:

- Der Deutschlandfunk hat über das Thema des Diskriminierungsschutzes an Schulen berichtet: <https://www.deutschlandfunk.de/forderung-an-kmk-diskiminierungsstellen-an-schulen-einrichten-dlf-882997f1-100.html>. Die Erlanger Nachrichten wollen das Thema aufgreifen.
- Der Ratschlag für soziale Gerechtigkeit lädt am 3.2. dazu ein, vor dem ehemaligen Schwesternwohnheim in der Hindenburgstr. 5-7 mit auf den Leerstand des Wohnheims mit 128 Zimmern aufmerksam zu machen.
- Der AIB unterstützt die Unterschriftenaktion der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg und ruft alle Demokrat*innen auf, sich zu beteiligen. Die Aktion Courage Erlangen lädt am 4.2. um 15:30 Uhr am Schlossplatz zu einer Kundgebung ein. Damit möchte sie ein Zeichen setzen für Zusammenhalt und Demokratie.
- Der AIB organisiert zum Tag der Muttersprache am 21.02.2022 eine digitale Veranstaltung. Die Einladung dazu folgt.
- Empowerment Seminar für Frauen mit Migrationshintergrund „Selbstbewusst in der Arbeitswelt“: Treffpunkt Röthelheimpark vom 7.-10.03.2022 (10-14 Uhr) sowie von Bildung Evangelisch, vom 25.-28.05.2022 (9-13 Uhr). Anmeldung unter buero@treffpunkt-roethelheimpark.de bzw. Bildung.Evangelisch-er@elkb.de
- Am 04.05.2022 ist die Einbürgerungsfeier geplant. Der AIB wird ein Grußwort halten. (Nachträgliche Anmerkung der Geschäftsstelle: diese wurde auf den 1.6. verschoben.)

- Am 05.05.2022 findet eine Diskussionsrunde zum Begriff „Migrationshintergrund“ in der VHS statt. Beteiligt sind Frau Prof. Bendel, Stadträte und Mitglieder des AIB.
- Der Seniorenbeirat möchte Erlangen zur Mitfühlenden Gemeinde machen. Er lädt auch Menschen mit Migrationshintergrund am 29.04.2022 um 9:30 Uhr in die vhs ein, sich an der Diskussion zu dem Umgang mit dem Thema Sterben zu beteiligen.

TOP 2 Austausch mit Flüchtlings- und Integrationsberatung

Der stv. Vorsitzende Herr Adawi begrüßt Herrn Sharifov (Koordination Flüchtlings- und Migrationsarbeit) der Stadt Erlangen.

Herr Sharifov berichtet über Situation der zugewanderten Flüchtlinge in Bezug auf Corona, in Bezug auf die Seenotrettung und in Bezug auf die Auflösung der Containerunterkünfte:

- Es konnte eine gute Impfquote erreicht werden, nichtsdestotrotz gab es Ansteckungen. Es werde seitens der Flüchtlings- und Migrationsberatung jeweils geprüft, ob die Personen auszugsberechtigt sind. Für die entsprechenden Personen wird jeweils ein Antrag auf Wohnungsvermittlung gestellt. Herr Sharifov kümmert sich um die Klärung der Datenlage.
- Auf Antrag des AIB zur Seenotrettung (Juli 2021) hat sich die Stadt mit verschiedenen Vereinen und anderen Städten ausgetauscht. Eine Patenschaft mit einem ausgewählten Verein ist geplant. Eine Information darüber soll zeitnah erfolgen.
- Die Containerunterkünfte in der Michael-Vogel-Str. wurden aufgelöst. Die Stadt plant nach wie vor, eine bessere Lösung für die Unterbringung zu finden als in den bestehenden Containern. Es gab bereits Gespräche, jedoch gibt es aktuell keinen veränderten Sachstand.

Der stv. Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Sharifov für den Austausch und dessen Bericht.

TOP 3 Austausch mit Ausländerbehörde

Der Vorsitzende Herr Boukhachem begrüßt Herrn Brockard, Leiter der Ausländerbehörde. Dieser antwortet zu konkreten Fragestellungen des Beirats:

Aufenthaltsbewilligungen für ausländische Studierende werden laut dem Aufenthaltsgesetz nur befristet erteilt; mind. ein Jahr, jedoch max. zwei Jahre. Der Aufenthaltstitel darf nur für den konkreten Aufenthaltszweck des Studiums erteilt werden und nicht darüber hinaus. Die unterschiedliche Behandlung von Auszubildenden und Studierenden richte sich nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Regelstudienzeit dient jeweils zur Orientierung. Wenn diese Zeit überschritten wird, wird in besonderen Einzelfällen eine Auskunft der Universität angefragt. Der Stadtrat José Ortega weist darauf hin, dass die Kooperation mit der Universität auf Anregung des damaligen AIBs entstanden ist. Herr Brockard betont, dass auch ausländische Studierende den Studiengang bis zum dritten Semester wechseln dürften. Wenn Studierende anschließend einen Masterstudiengang machen möchten, sollen sie das bereits bei der Beantragung der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis mitteilen. Der Vorsitzende spricht sich dafür aus, diese Information auf der Homepage der Ausländerbehörde zu kommunizieren. Herr Brockard zeigt sich aufgeschlossen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass auf Niederlassungsnachweisen neu ein Ablaufdatum stehe. Zuvor stand „unbefristet“ auf den Ausweisen. Dies führe bei Arbeitgebern zu Irritationen und würde Nachteile für ausländische Beschäftigte mit sich bringen, da nicht

eindeutig sei, dass die Niedererlassungserlaubnis trotz dem Ablaufdatum der Karte einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis entspricht. Herr Brockard erklärt, dass die Änderung auf einer bundesweiten Regelung basiert, die dies so vorschreibt. Der Vorsitzende schlägt vor, auf der Webseite der Ausländerbehörde darauf hinzuweisen, dass die Karten dennoch eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis bedeuten. Herr Brockard sichert dies zu. Herr Sharifov begrüßt dies ebenfalls.

In Bezug auf die Kundenumfrage der Ausländerbehörde berichtet Herr Brockard, dass diese noch nicht von vielen beantwortet wurde, trotz der Werbung des Ausländer- und Integrationsbeirats. Das bisherige Feedback beurteilt Herr Brockard differenziert. Neben dem Verbesserungsbedarf bei der Kundenfreundlichkeit betont Herr Brockard die schwierigen rechtlichen Rahmenbedingungen. Er regt an, dass sich auch andere Dienststellen dem Kundenfeedback stellen. Nach Abschluss des Bewertungszeitraums sollen die Ergebnisse mit den Mitarbeiter*innen der Behörde und dem AIB besprochen werden. Der Vorsitzende regt an, dass kommende Umfragen nach den Themen der jeweiligen Fachgruppen und den Bewertungszeiträumen unterschieden werden.

Die Frage nach langen Zeiten der Terminvergabe erklärt Herr Brockard mit Personalfuktuation innerhalb der Behörde und mit teilweise quarantänebedingter Abwesenheit der Mitarbeitenden. Die Behörde versucht dennoch, den Betrieb aufrecht zu erhalten. Bei einer besonderen Dringlichkeit kann man sich stets auch an ihn als Leiter der Behörde wenden.

In Bezug auf den Antrag des AIB nach einer Einbürgerungsinitiative (Beschluss von 09/2021) berichtet Herr Brockard, dass die Behörde im Frühjahr oder Sommer ein Schreiben an die Personen verschicken möchte, die für eine Einbürgerung in Frage kommen. Die ersten Anträge und Beratungsanfragen werden im Herbst erwartet. Es wird seitens des Beirats darauf hingewiesen, dass viele Menschen mit ausländischem Pass die Regelungen der neuen Regierung in Bezug auf Mehrstaatlichkeit abwarten. Ein aktives Anschreiben könnte Synergieeffekte nutzen.

Frau Roth der VHS berichtet bereits jetzt von einer hohen Nachfrage in Bezug auf Sprachtests und Einbürgerungstests. Sie bittet vor Versand um einen Austausch mit der Ausländerbehörde.

Der Vorsitzende dankt Herrn Brockard für die Ausführungen und die Zusammenarbeit mit dem Beirat.

TOP 4 Handlungsfelder aus der Bürgerbefragung Integration

Der stv. Vorsitzende berichtet über die wesentlichen Erkenntnisse des Beirats der Bürgerbefragung Integration von 2019, mit der sich der Beirat auseinandergesetzt hat:

- 1) Die Überwiegende Mehrheit der Befragten mit Migrationshintergrund möchte für immer in Deutschland bleiben. Je besser die Deutschkenntnisse, umso deutlicher ist auch die Bleibeabsicht.
- 2) Nur die Hälfte der Menschen mit Migrationshintergrund (nach amtlicher Definition) empfindet sich selbst als Person mit Migrationshintergrund.
- 3) Befragte mit Migrationshintergrund fühlen sich häufiger benachteiligt; am stärksten in der Lebensmitte. Je stärker der Kontakt zu Deutschen ist, umso weniger ausgeprägt ist das Gefühl der Benachteiligung. Die Befragten fühlen sich am häufigsten am Arbeitsplatz, bei der Jobsuche, bei der Wohnungssuche und im Umgang mit Behörden benachteiligt.

- 4) Nur knapp die Hälfte der Befragten (46,5%) stimmt zu, dass ihr kultureller Lebensstil toleriert wird. Nur 38% der Befragten haben nicht das Gefühl ein Fremder/ eine Fremde zu sein.

Der Beirat spricht sich dafür aus, dass die Stadt die deutliche Bleibeabsicht der Befragten im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützt, unter anderem im Bereich der Einbürgerungen. Der Beirat begrüßt darüber hinaus die geplante Auseinandersetzung der Stadt mit dem Thema der Zuschreibung des Migrationshintergrunds und der Kategorisierung nach der Herkunft.

Der Vorsitzende stellt die bisherigen Überlegungen des Geschäftsführenden Ausschusses vor. Weitere Vorschläge Der Beirat und die anwesenden Stadträte diskutieren verschiedene Ansatzpunkte.

Der Vorsitzende betont, dass der Beirat Brücken bauen möchte und Zugewanderte animieren möchte, mehr Kontakte mit Einheimischen zu suchen.

Der Beirat stimmt mehrheitlich dafür ab, dass die Stadt Erlangen gebeten wird, neue Strukturen zu schaffen und bestehende weiter auszubauen, mit denen regelmäßige interkulturelle Kontakte von Zugewanderten und Deutschen gefördert werden. Damit sollen gegenseitige Vorurteile abgebaut sowie Sprachkenntnisse und das Zugehörigkeitsgefühl von Zugewanderten gestärkt werden.

Der Beirat stimmt ebenfalls mehrheitlich dafür ab, dass sich die Stadt Erlangen dafür einsetzt, mehr Informationen über ehrenamtliche Beteiligungsmöglichkeiten (Feuerwehr, THW, Vereine, etc.) an Zugewanderte heranzutragen.

Weiterhin stellt der stv. Vorsitzende folgende Beschlussvorlage zur Diskussion und Abstimmung:

Beschlusstext: Der Ausländer- und Integrationsbeirat bittet die Stadt Erlangen, eine öffentliche Kampagne mit positiven Narrativen zu interkultureller Vielfalt zu entwickeln und durchzuführen.

Der Beschluss wird mit 13 zu 4 Stimmen mehrheitlich angenommen.

TOP 5 Fest der Kulturen 2022

Der Vorsitzende berichtet vom Auftakttreffen mit Migrantenvereinen von November 2021. Alle Interessierten sind eingeladen, Vorschläge für Beiträge für das Fest bis Ende Februar an die Geschäftsstelle zu senden. Eine Arbeitsgruppe wird einberufen, die wesentliche Entscheidungen zum Fest trifft.

Es laufen aktuell noch Gespräche mit dem E-Werk dazu, ob es möglich ist, das Fest am 2.7. auf der Wöhrmühle auszurichten, oder wie bei den letzten beiden malen am 30.7. im E-Werk. Der Beirat spricht sich mehrheitlich dafür aus, das Fest Open Air zu veranstalten. Die anwesenden Stadträt*innen unterstützen den Vorschlag.

TOP 6 Slogan und Flyer des AIB

Der stv. Vorsitzende berichtet über die Überlegungen der Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit In Bezug auf einen Slogan. Die Mehrheit Vielfalt ERleben – Vielfalt ERLangen.
Der Entwurf eines Flyers wird besprochen und verbessert. Er soll in der vorliegenden Fassung auf der Webseite veröffentlicht werden. Das Foto für den Flyer soll bei nächster Gelegenheit mit den aktuellen Mitgliedern neu aufgenommen und dann ersetzt werden.

TOP 7 Plakataktion zu den Wochen gegen Rassismus

Der Vorsitzende berichtet über die geplante Aktion zu den Wochen gegen Rassismus, eine bestehende Kampagne zu nutzen und mit Großplakaten auf Rassismus aufmerksam zu machen. Die Geschäftsführerin zeigt den Entwurf der Kampagne der Stiftung gegen Rassismus sowie den von Amnesty International.

Frau Winner der Grünen Liste erwähnt, dass die Stadt 1/3 der Werbeflächen von Ströer kostenlos bekomme. Die Geschäftsführerin sichert zu, dies abzuklären.

Der Vorsitzende stellt die Beschlussvorlage mit dem Zusatz „vorbehaltlich der Abklärung der Vereinbarung mit Ströer“ zur Diskussion und Abstimmung.

Beschlusstext: „Der Ausländer- und Integrationsbeirat beschließt, bis zu 1.500 Euro für fünf Großplakate im Rahmen der Wochen gegen Rassismus für den Druck und die Anbringung im Innenstadtgebiet bereitzustellen.“

Der Beschluss wird einstimmig angenommen.

TOP 8 Berichte aus den Arbeitsgruppen und Gremien

Der stv. Vorsitzende dankt den Arbeitsgruppen für ihre Arbeit.

Es gab keine Sitzung der AG1 seit der letzten Vollversammlung.

Asha Ramesh berichtet von der 9. und 10. Sitzung der AG2 Bildung und Arbeit. Der Tag der Muttersprache wurde vorbereitet.

Liliana Christl und Lilit Harutyunyan berichten von der 10. und 11. Sitzung der AG 3 Kultur und Soziales. Die Gruppe möchte sich mit Themen rund um Senioren befassen. Der Weltfrauentag soll gemeinsam mit dem Grünen Sofa und dem BIG-Projekt gestaltet werden, sowie ergänzt durch Beiträge von Beiratsmitgliedern. Der Bürgertreff Isarstr. hat auf die Bedarfe von Jugendlichen aufmerksam gemacht; die Geschäftsstelle des AIB wird dazu mit der Jugendhilfe Kontakt aufnehmen.

Grisani Husnain berichtet über die 8. und 9. Sitzung der AG4 Öffentlichkeitsarbeit. Der Flyer, sowie Materialien der Öffentlichkeitsarbeit wie Beachflag und Roll-Up wurden ausgearbeitet. Die Plakat-Aktion sowie Social Media Beiträge und ein Workshop der Gruppe wurden thematisiert. Zum Tag der Muttersprache ruft die AG dazu auf, dass jeder sein Lieblingswort in der jeweiligen Muttersprache an Sana Hummady schickt.

Der Vorsitzende Rami Boukhachem berichtet vom Geschäftsführenden Ausschuss. Bisherige Beschlüsse des AIB wurden besprochen, ebenso die Handlungsergebnisse der Bürgerbefragung. Der GA spricht sich dafür aus, dass der Beirat an größere Arbeitgeber der Region und an die Uni herantritt und für die Einrichtung von spirituellen und Ruheräumen wirbt. Weiterhin wurde die Organisation einer Infoveranstaltung zur Impfaufklärung durch die Bürgertreffs wurde besprochen. Der AIB bietet dabei Unterstützung an.

Sana Hummady berichtet davon, dass die kostenlose Kliniklinie bei Zugewanderten beworben werden soll, da diese vielen unbekannt ist.

Der Vorsitzende berichtet aus der Sitzung des Lenkungskreises Integration: Das Büro für Chancengleichheit plant Kampagne zur Sprachensensibilisierung. Mehrsprachigkeit soll als

Ressource betrachtet werden; Sprache soll inklusiv gestaltet werden. Die Ergebnisse der Bürgerbefragung Integration wurden vorgestellt. Der Lenkungskreis hat Interesse am Austausch mit Migrant*innenorganisationen bekundet und wird zum nächsten Treffen eingeladen.

Lütfiye Yaver-Bozkurt berichtet über die Arbeit bei AGABY: Eine Pressekonferenz zum Thema Diskriminierung an Schulen fand statt. Auch andere Bundesländer haben sich beteiligt. AGABY wird gegenüber der Bayerischen Regierung hier aktiv bleiben. Die Geschäftsführung von AGABY wird neu besetzt. Weiterhin wird eine Fachkraft mit Schwerpunkt Finanzen gesucht. Die Vollversammlung von AGABY ist für Juni 2022 in Augsburg geplant.

TOP 9 Anträge / Anfragen / Sonstiges

Die Ausweitung der Aktion Würdemenschen auf weitere Vertreter der Migrant*innenorganisationen wird besprochen. Es gibt jedoch keine Mehrheit dafür im Beirat.

Der Vorsitzende bedankt sich bei allen Anwesenden und schließt die Sitzung um 20:50 Uhr. Die nächste Sitzung findet am 22. März 2022 statt.

gez.

gez.

Rami Boukhachem
Vorsitzender

Carolin Braun
Schriftführerin